Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1908. Nr. 54. für Anhalt und Thüringen. **Jahrgang 200.**

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2.50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletondeil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigegebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme d. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Sonnabend, 1. Februar 1908.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telephon-Amt VI Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Deutsches Reich.

* **Des Kaisers Dank.** Se. Maj. der Kaiser hat an den Reichskanzler Fürsten Bülow einen Erlaß zur öffentlichen Bekanntgabe gerichtet, in dem er für die zahlreichen Glückwunschtelegramme zu seinem Geburtstage dankt. In dem Erlaß heißt es dann:

In hergerhebender Weise ist dadurch Mein Ehrentag verschönt und Meine Festesfreude erhöht worden. Das verflossene Lebensjahr hat Mir neben manchen freudigen Ereignissen auch schmerzliche Erfahrungen nicht erspart, auch bin ich durch den Heimgang mehrerer Meinem Herzen besonders nahestehender Persönlichkeiten, wie Meines unvergeßlichen Oheims und Meines treuen Erziehers und Freundes in tiefe Trauer versetzt worden. Ich preise aber des Allmächtigen Güte, daß es wieder ein Jahr des Friedens gewesen ist und vertraue zuversichtlich, daß Gott der Herr auch fernerhin seine schützende Hand über das deutsche Volk halten und es auf friedlicher Bahn weiter führen wird zum Segen der Gesamtheit wie jedes Einzelnen.

* **Reichskanzler Fürst v. Bülow empfing** am Freitag den neuernannten Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Hegel. — Am Donnerstag empfing der Reichskanzler den apostolischen Vikar von Südschantung und dem Kiautschaugebiet, Bischof Henninghaus.

* **Die Offiziersdeputation des Husaren-Regiments Fürst Blücher** hat am Freitag von London die Rückreise nach Deutschland angetreten. König Eduard schenkte dem General v. Löwenfeld sein Bildnis in kostbarem Rahmen, dem Oberst v. Bitter eine Bronzebüste und verlieh den beiden anderen Offizieren der Deputation den Victoria-Orden. Die Deputation war am Donnerstag beim deutschen Botschafter in London zum Frühstück geladen.

* **Der katholische Theologieprofessor Ehrhardt** in Straßburg veröffentlicht in der „Kölnischen Volkszeitung" — Erklärung, welche wie folgt lautet: „Als ich den Artikel „Die neue Lage der katholischen Theologie" für die Internationale Wochenschrift abfaßte, glaubte ich nicht, daß er geeignet sei, in weiteren katholischen Kreisen Beunruhigungen hervorzurufen. Um jeden Zweifel in Bezug auf meine kirchliche Gesinnung auszuschließen, spreche ich hiermit mein aufrichtiges Bedauern aus, daß meine Ausführungen, die den Interessen der katholischen Theologie in Deutschland dienen sollten, zu Schlußfolgerungen veranlaßt haben, zu denen ich mich nicht bekenne. Sehr schmerzlich empfinde ich es, daß eine Verletzung der Pietät gegen die ehrwürdige Person des heiligen Vaters darin erblickt wurde. Daß ich die von der Encyclica verworfenen dogmatischen Irrtümer des Modernismus zurückweise, geht aus dem Artikel klar hervor. Ich stehe durchaus auf dem Boden des katholischen Dogmas und der Anerkennung von Kirche und Autorität und bin gewillt, unter allen Umständen ein treuer Sohn der katholischen Kirche zu bleiben. — Bei Redaktionsschluß geht uns noch aus München folgendes Telegramm zu: Wie dem „Bayrischen Kurier" aus Rom gemeldet wird, wurde dem Professor Ehrhardt wegen seiner Kritik an der letzten Encyclica vorerst der Prälatentitel entzogen.

* **Parlamentarisches.** Die Budgetkommissionen des Reichstages setzte am Freitag die Beratung des Reichspostetats fort. Das Hauptinteresse beanspruchte die Diskussion über die Vereinsfrage der Beamten. Während fast alle Abgeordneten sich für die Zulassung von Vereinen aussprachen und auch dafür, daß diese nach Innehaltung des Instanzenweges allgemeine Wünsche in Petitionen zu äußern berechtigt sein sollten, konnte Staatssekretär Krätke diesen Forderungen nicht zustimmen. Er sei niemals einem Verein unfreundlich gegenübergetreten, dulde aber auch niemals Ungezogenheiten. Wo nichts gegen sie einzuwenden sei, erfreuten die Vereine sich der Sympathie der Behörde. Abg. Gröber legte dann einen Antrag vor, demzufolge ein Zusammenschluß der Beamten in Kateorien und die jederzeitige Einreichung von Gesuchen gestattet sein solle, wie es ähnlich in Württemberg jetzt sichergestellt sei. Die Abstimmung über den Antrag Gröber wurde vertagt, damit die Fraktionen Stellung dazu nehmen können. Ueber einen Antrag Erzberger und Genossen, im Interesse der Sonntagsruhe der Beamten den Schalterschluß für die Paketannahme an den Vorabenden schon auf 5 Uhr nachmittags festzusetzen, erfolgte keine Einigung. Der Staatssekretär erkannte die Notwendigkeit einer Entlastung der Beamten an, hielt aber mit Rücksicht auf unsere Handelskonkurrenz diese Einschränkung nicht für angängig. Die Abstimmung wurde ausgesetzt. — Staatssekretär Krätke erklärte, eine Aenderung der Fernsprechgebühren könne nur durch Gesetz erfolgen. Der Reichstag würde sich also mit der Frage zu beschäftigen haben.

In der Reichstagskommission für die Novelle zum Viehseuchengesetz stellte am Freitag die Regierung in Aussicht, einem Antrage, die Bienen unter die Haustiere zu rechnen, zu entsprechen und dies durch ein Spezialgesetz zu regeln. Hierdurch soll der den Imkern durch die Faulbrut der Bienen erwachsene Schaden bekämpft werden.

Im Herrenhause hat Dr. Wachler den Antrag gestellt: Die Staatsregierung zu ersuchen, baldtunlichst die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um für den oberschlesischen Industriebezirk eine gesicherte, ausreichende Wasserversorgung ins Werk zu setzen.

Die Polenkommission des Herrenhauses hat sich konstituiert und zum Vorsitzenden von Wedel-Piesdorf, zum Stellvertreter Dr. Freiherrn Lucius von Ballhausen gewählt. Die übrigen Mitglieder sind: von Oppenfeld, Dr. von Burgsdorff, Dr. Adickes, von Born-Fallois, Graf Brühl, Graf Carmer, von Colmar-Meyenburg, Dr. von Dziembowski, Ehlers, Graf Botho Eulenburg, Dr. Hillebrandt, Graf Hutten-Czapski, Knobloch, Körte, Dr. von Kopp, Graf Kospoth, Freiherr von Landsberg-Steinfurt, Loening-Halle, von Puttkamer, Freiherr von der Recke, Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, Herzog zu Trachenberg, Dr. Wilms. Die Kommission wird ihre Beratungen am Donnerstag, den 6. Februar, aufnehmen, sie werden etwa acht Tage in Anspruch nehmen.

* **Das Steuerprivileg der Beamten.** Eine Vorlage betr. die Aufhebung des Steuerprivilegs der Beamten wird nach Blättermeldungen demnächst an das Staatsministerium gelangen.

* **Inlandsausweispapiere.** Die „Köln. Ztg." meldet aus Berlin: Die preußische Einrichtung der Ausstellung von Inlandsausweispapieren — Arbeiterlegitimationskarten — wird auch von beiden Mecklenburg, Oldenburg, Bückeburg und Lippe-Detmold eingeführt. Es darf angenommen werden, daß die schwebenden Verhandlungen mit den übrigen norddeutschen Bundesstaaten zu einer gleichen Einigung führen.

* **Aus Deutsch-Südwest-Afrika** wird amtlich gemeldet: Am 19. d. Mts. fand bei Naniß am Westrand der Kalahari ein Ueberfall statt. Ein Reiter wurde leicht verwundet. Es handelt sich wie bei dem Ueberfall vom 5. Dezember letzten Jahres zwischen Araheab und Kewise-Kolk anscheinend auch diesmal um Leute Simon Coppers, gegen den in nächster Zeit gemeinsam mit der Kappolizei vorgegangen werden soll.

* **Deutschland und Frankreich in Marokko.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Den Pariser Pressemeldungen über eine Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich wegen der internationalen Entschädigungskommission Casablanca liegt folgendes zu Grunde: Es ist vereinbart, daß die von der deutschen Kommission in Casablanca zum Zwecke der Verteilung des Reichsvorschusses bereits festgestellten Schadenabschätzungen von der internationalen Kommission nur daraufhin zu prüfen sind, ob sie den von Deutschland im Einklange mit den anderen beteiligten Mächten aufgestellten Grundsätzen für die Berechtigung der Schäden entsprechen. Nur wenn und soweit sich ergibt, daß diese Grundsätze im einzelnen Falle nicht beobachtet worden sind, soll eine neue Abschätzung stattfinden. Im übrigen haben sich Frankreich und Spanien anheischig gemacht, soweit es an ihnen liegt, dafür einzutreten, daß die von Deutschland und von anderen Staaten bereits aufgestellten Abschätzungen in Berücksichtigung gezogen werden.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

21. Sitzung vom 31. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Beseler.

Die Einzelberatung des Justizetats wird beim Kap. Oberlandesgerichte fortgesetzt.

Abg. **Nöbling** (natlib.) betont, der Geschäftsumfang des Kammergerichts dränge geradezu auf seine Teilung.

Ein **Regierungskommissar** erwidert, eingehende Erwägungen haben dahin geführt, von dieser Teilung für absehbare Zeit abzusehen. Zahl und Dauer der Prozesse des Kammergerichts zeigen normale, wenn nicht ungewöhnlich günstige Zahlen.

Abg. Dr. **Dahlem** (Ztr.) wünscht Berücksichtigung auch kleiner Firmen bei Druckaufträgen, die Ausdehnung des Telephonverkehrs auf alle Amtsgerichte und größere Vorsicht bei Erteilung des Armenrechts.

Kommissar Geheimrat **Frisen** sagt in den beiden ersten Punkten möglichst Berücksichtigung zu, überläßt aber die Entscheidung über Erteilung des Armenrechts den einzelnen Gerichten.

Abg. **Cassel** (freis. Vp.) ist gegen die Trennung des Kammergerichts, das in vorzüglicher Weise arbeite.

Abg. **Felisch** (kons.) wünscht größere Vorsicht bei der Heranziehung von Sachverständigen bei Bauten.

Minister Dr. **Beseler** sagt Berücksichtigung zu.

Abg. **Dahlem** (Ztr.) befürwortet Einschränkung der Klagen wegen Beamtenbeleidigung und stärkeren Schutz der persönlichen Ehre durch größere Vorsicht der Beamten bei Verhaftungen.

Die Abgg. **Ohsling** (freis. Vp.) und **Marx** (Ztr.) treten für eine Vermehrung der Kanzlistenstellen bei Oberlandesgerichten ein.

Geheimrat **Frisen** gibt eine entgegenkommende Erklärung ab.

Abg. **v. Böhlendorff** (kons.) begrüßt den Erlaß des Ministers, nach dem die Amtsgerichte ihre Materialien nicht von einer Großfirma, sondern am Platze zu kaufen haben, bedauert aber, daß dieser Erlaß noch nicht überall in der wünschenswerten Weise beachtet werde. Der Wert der Schreibmaschine sei leider noch nicht überall erkannt. Freilich dürfe die Verwendung der Schreibmaschine auch nicht zur Verringerung der Schreibgebühren führen, die diätarische Anfangsbeschäftigung der Militäranwärter im Kanzleidienst müsse besser entlohnt werden, da sich diese Leute erst an die Schreibarbeit gewöhnen müssen. Ihnen müsse die diätarische Beschäftigung von der Prüfung an auf das pensionsfähige Dienstalter angerechnet werden. Wünschenswert sei endlich eine modernere Ausstattung der Gerichtsgebäude. (Beifall.)

Abg. **Lübicke** (freikons.) schließt sich diesen Anregungen an.

Abg. **de Witt** (Ztr.) führt Beschwerde, daß Assessoren bei Vertretungsweiser Bekleidung von Hilfsrichterstellen die zustehende Remuneration vorenthalten ist.

Geheimrat **Frisen** hält diese Beschwerde für unberechtigt.

Abg. **Böhmer** (kons.) verbreitet sich über die Stellung der Amtsrichter und betont die Notwendigkeit, bei dem persönlichen Verhältnis des Amtsrichters zum Publikum hier nur solche Beamte zu wählen, die schnell in ein Vertrauensverhältnis zur Bevölkerung kommen. Ein Amtsrichter, der allgemeines Vertrauen genieße, könne viele Prozesse unnötig machen. Wünschenswert sei, daß das Glaubensbekenntnis der Amtsrichter mit der Mehrheit der Einwohner ihres Bezirkes übereinstimme. Mehr und mehr müsse man dahin kommen, daß bei uns nur deutschnationale Männer Recht sprechen. (Beifall.)

Abg. **Haarmann** (nl.) führt die im Moltke-Harden-Prozeß hervorgetretenen Mißstände auf das späte Eingreifen des Staatsanwalts zurück. Bei Beamtenbeleidigungen sei der Staatsanwalt auch bei Lappalien meist viel schneller zur Hand.

Abg. **Mathis** (nl.) beklagt, daß die schriftlichen Arbeiten in der Hauptsache noch immer von nichtetatmäßigen Beamten ausgeführt werden.

Abg. **Seydel-Hirschberg** (nl.) unterstützt die Wünsche der Gerichtsvollzieher, die ihr Einkommen nach Dienstaltersstufen geregelt wissen wollen und bei Beurlaubungen wegen Krankheit eine mäßige Entschädigung für berechtigt halten. Bei Neuordnung der Zivilprozeßordnung möge eine neue Gerichtsvollzieherordnung das Zustellungswesen neu regeln.

Abg. **Meyer-Diepholz** (nl.) befürwortet Wünsche der Kanzleigehilfen, ebenso Abg. **Witzmann** (nl.) und Abg. **Kirsch** (Ztr.).

Abg. **Haarmann** (nl.) bedauert, daß der Strafvollzug noch immer zwei Ressorts unterstehe. Zwischen Staatsanwalt und Verbrechern habe sich ja noch nicht gerade ein besonderes Vertrauensverhältnis herausgebildet. (Heiterkeit.) Aber auch im Interesse der Bestraften liege es, daß der Strafvollzug der Justiz überlassen bleibe.

Abg. **Witzmann** (nl.) empfiehlt eine Abänderung der Gebühren- und Sachverständigenordnung.

Geheimrat **Frisen** erwidert, hierüber schwebten noch Erwägungen.

Im weiteren Verlauf der Debatte gibt

Abg. **Bänsch-Schmittlein** (freikons.) eine traurige Schilderung von einem Fall, in dem eine arme Frau, deren Geldstück als falsch angehalten wurde, aber sich nachher als echt herausstellte, unter dem Verdacht der Falschmünzerei vier Tage in Untersuchung gehalten wurde. Der Justizminister habe die Entschädigungssumme schließlich obendrein von 18 auf 15 Mark ermäßigt.

Minister **Beseler** gibt zu, daß in diesem Falle Mißgriffe vorgekommen seien. Der Abzug bei der Entschädigungssumme sei jedoch berechtigt, weil die Frau selbst zugegeben habe, den ersten Tag eine Vergnügungsreise geplant zu haben.

Der Rest des Justizetats wird nach unerheblicher Debatte bewilligt.

Es folgt der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung. Bei den Einnahmen bittet

Abg. **v. Schenckendorff** (nl.) den Minister, möglichst viel für Baugewerksschulen zu tun. Mit der besseren Ausbildung der Fachschulen müsse die sorgfältige Vorbildung der Fachlehrer Hand in Hand gehen. Auch die Leistungen für Mädchenfortbildungsschulen seien zu erhöhen. Bei der Errichtung von Lehrwerkstätten sei jeder Schematismus vom Uebel. Das Landesgewerbeamt werde je länger je mehr seine Bedeutung beweisen.

Abg. **Feilsch** (kons.) dankt dem Minister für die bisher bewirkte Förderung des Fachschulwesens, ohne das ein blühendes Handwerk undenkbar sei. Unerläßlich sei eine Erweiterung der Aufgaben der Fachschulen und eine entsprechend höhere Dotierung der in Betracht kommenden Etatsteile. Das gewerbliche Fachschulwesen erfreue sich bei allen Parteien des gleichen Wohlwollens. In Berlin sei der Platzmangel in den Baugewerbeschulen am größten. Die vierklassigen Baugewerbeschulen seien fünfklassig zu machen und die Anforderungen dafür angemessen zu steigern. Bei der Auswahl der Lehrer solle man die Männer des praktischen Lebens nicht außer Acht lassen. Zu der Abschlußprüfung möge man die Schüler nicht früher zulassen, als sie die Gesellenprüfung bestanden haben.

Minister Dr. **Delbrück** begrüßt die anerkennende Kritik der Vorredner. Die unbequeme Finanzlage habe hier gleichwohl erhöhte Aufwendungen ermöglicht. Die Fachschule solle auch das Wissen des Schülers über seine Pflichten gegenüber Staat und Gesellschaft erweitern und seine Aufmerksamkeit von unrichtigen politischen Theorien ablenken. Die Wünsche auf Vermehrung der Fortbildungsschulen werden mit Wohlwollen entgegengenommen. Die Beaufsichtigung des gewerblichen Fachschulwesens ist noch nicht in genügende organische Formen gebracht, weil geeignete Kräfte fehlen. Draußen im Lande ist die Bedeutung des Fachschulwesens noch nicht in so erfreulichem Maße erkannt wie in diesem Hause. Auch bei der Einrichtung von Lehrwerkstätten haben wir es an Rat und Tat nicht fehlen lassen. Die Baugewerksschulen sind fortgesetzt vermehrt worden; wegen Errichtung einer solchen Schule in Halle schweben Verhandlungen. Das Landesgewerbeamt hat es nicht für angezeigt gehalten, zurzeit die Anforderungen an die Fachschüler zu steigern. Den Baugewerksschulen die Berechtigung zur Verleihung des einjährigen Zeugnisses zu geben, ist nicht praktisch. Es ist überhaupt altmodisch, den Mann, der zwei Jahre gedient hat, über die Schulter anzusehen. Die obligatorische Gesellenprüfung ist unnötig und durch eine Schule soll man einen solchen Zwang nicht ausüben. Jedenfalls wird mich die Anerkennung der Vorredner bestimmen, mit gleichem Eifer für die Fortbildungsschulen weiter zu wirken. (Beifall.)

Die Einnahmen werden bewilligt.

Sonnabend 11 Uhr: Fortsetzung. — Schluß 5 Uhr.

Deutscher Reichstag.

91. Sitzung vom 31. Januar, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Tirpitz.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der zweiten Lesung des

Marineetats.

Abg. **Spethmann** (frs. Vp.) trägt Wünsche der Beamten der Torpedowerkstatt in Friedrichsort vor. Insbesondere befürwortet er eine Besserstellung der Mechaniker und Obermechaniker, damit diese nicht in Privatdienste gehen. Die älteren unter den gelernten Arbeitern sollte man zu Monteuren machen.

Geh. Admiralitätsrat Harms: Ueber diese Fragen schweben Erwägungen. Aber ganz so einfach, wie der Herr Vorredner sich die Sache denkt, ist sie doch nicht.

Abg. **Spethmann** (freis. Vp.): Solche Worte haben wir ja schon oft gehört; an den schönen Worten sei es genug, wir möchten endlich Taten sehen.

Eine weitere Diskussion entsteht bei den dauernden Ausgaben nicht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190802012-17/fragment/page=0001

Bei den einmaligen Ausgaben tritt Abg. **Ahlhorn** (freis. Vp.) für eine ausskömmliche Unterstützung der Werftgemeinden Bant und Heppens ein. Die Finanzlage der Gemeinden habe sich immer mehr verschlechtert, denn die Werften legten von Jahr zu Jahr mehr Beschlag auf Grund und Boden in den Gemeinden, und steuerkräftige Personen zögen nicht zu.

Staatssekretär **v. Tirpitz**: Wir stehen den Gemeinden durchaus mit Wohlwollen gegenüber. Aber es schweben augenblicklich noch Erhebungen über die diesen Werftgemeinden gegenüber einzuhaltenden Grundsätze. In diesem Etat konnten wir daher die Zuschüsse nicht über die darin vorgeschlagenen Beträge erhöhen.

Bei der Forderung für einen Torpedohafen in der Nähe Helgolands fragt

Abg. **Ahlhorn** (freis. Vp.) weiter an, ob auch Helgoland in seinem Bestande so gesichert sei, daß auf die Erhaltung Helgolands für absehbare Zeit gerechnet werden dürfe, anderenfalls würde die Ausgabe für den Torpedohafen keinen Zweck haben. Auch frage es sich, ob nicht für die Insel Gefahr drohe durch das Bombardement der eigenen Geschütze?

Staatssekretär **v. Tirpitz** legt näher dar, weshalb die Marineverwaltung mit gutem Gewissen erklären zu können glaube, daß der Bestand Helgolands in keiner Weise gefährdet sei, so daß wir die Insel jedenfalls noch lange in dem gegenwärtigen Zustande behalten werden.

Im Extraordinarium wird eine erste Rate zum Bau eines Trockendocks an der Unterelbe gefordert.

Abg. **Paasche** (natl.) empfiehlt statt dessen die Anlage eines Schwimmdocks, das vielerlei Vorteile biete. Auch könne das Schwimmdock kürzer angelegt werden als das Trockendock. Mit Recht habe daher auch die Budgetkommission der Marineverwaltung die Wahl noch offen gelassen, indem sie im Texte der Forderung das Wort Trockendock-Anlage durch Dockanlage ersetzt habe.

Staatssekretär **v. Tirpitz** sagt zu, daß die Verwaltung nochmals in Erwägung darüber, ob Trocken- oder ob Schwimmdock, eintreten werde. Auf jeden Fall habe die Frage zwei Seiten. Jedenfalls werde sie noch eingehend geprüft und dem Reichstage im nächsten Jahre das Resultat dieser Prüfung vorgelegt werden.

Zum Bau fiskalischer Mietswohnungen für Offiziere in Wilhelmshaven fordert die Vorlage eine erste Rate von 300 000 Mark. Die Kommission hat in der Annahme, daß in Wilhelmshaven kein Mangel an geeigneten Wohnungen sei, 200 000 Mark abgesetzt und schlägt vor, nur 100 000 Mark zum Bau fiskalischer Wohnungen nur für zwei Geschwaderchefs zu bewilligen.

Abg. **Semler** (natl.) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage. In der Kommission ist man von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Wohnungen sind allerdings frei, aber nur drei und vierzimmerige.

Staatssekretär **v. Tirpitz** bittet um Annahme des Antrages des Vorredners.

Die Abgg. **Erzberger** (Ztr.) und **v. Richthofen** (kons.) erklären ebenfalls ihre Zustimmung zu dem Antrage Semler, dem dagegen der Abg. **Südekum** (Sozg.) widerspricht.

Der Antrag Semler gelangt sodann zur Annahme.

Nach Erledigung auch des Extraordinariums wird die von der Kommission vorgeschlagene Resolution betr. Vergebung von Arbeiten für die Marineverwaltung noch gesondert zur Diskussion gestellt.

Abg. **Groeber** (Ztr.) tritt lebhaft für die Resolution ein. Diese greife keineswegs in die Rechte der Unternehmer ein, mit ihren Arbeitern Verträge abzuschließen; vielmehr wolle sie nur die Marineverwaltung verpflichten, nur mit Unternehmern abzuschließen, die sich an eventuelle bestehende Tarifverträge binden. Und das liege nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch im Interesse der Allgemeinheit.

Abg. **v. Richthofen** (kons.): Namens meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß wir uns dessen enthalten, ein abschließendes Urteil über die Tarifverträge zu fällen. Fraglich dagegen erscheint es uns, ob es Sache einer Reichsverwaltung sein kann, in solcher Weise auf die Unternehmer einzuwirken. Richtig ist ja, daß Reichsbetriebe nach Möglichkeit Musterbetriebe und für die Unternehmer vorbildlich sein sollten. Für nicht richtig halte ich es aber, wenn Reichsverwaltungen dergestalt in die Entwickelung der Dinge, in das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern, eingreifen. Ich für meine Person werde daher jedenfalls die Resolution ablehnen.

Abg. **Ledebour** (Sozg.) befürwortet eine von seiner Partei beantragte Einschaltung in die Resolution, wonach die gewünschte Anweisung an die Marineverwaltung, die Festsetzung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Marinebetrieben „unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse" vorzunehmen, dahin erweitert werde soll, daß auch die „Arbeiter-Organisationen" hinzugezogen seien.

Abg. Dr. **Semler** (natl.) ist mit dem Grundgedanken der Resolution einverstanden, erklärt aber ihre Fassung für einen Teil seiner Freunde nicht für annehmbar wegen ihrer Einwirkung auf die Privatindustrie. In anderem Zusammenhange würden sie für Tarifverträge eintreten.

Abg. **Dr. Pachnicke** (freis. Vgg.): Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft stimmte der Resolution, und zwar gerade in dieser Fassung, zu. Der Staat soll gerade die Führung übernehmen. Auch die Bewegung für die Tarifverträge bricht sich in Deutschland immer mehr Bahn, auch im Zentralverband der Industriellen beginnt sich die Auffassung der Industriellen zu ändern.

Abg. **Behrens** (wirtsch. Vgg.) verlangt die Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen, da deren Führer einen weiteren Blick haben und die Ausschüsse nicht als die wirkliche Vertretung der Arbeiter gelten können. Einstweilen werden seine Freunde für die Resolution stimmen.

Abg. **Ledebour** (Sozg.) hält dem Abg. Pachnicke und seinen Freunden vor, sie wollten mit ihren Scheinargumenten gegen die Einfügung der „Organisation" in vorliegende Resolution nur ihre Gegnerschaft gegen die Arbeiterorganisationen vorhalten, und besonders gegen die Gewerkschaften. Dabei seien diese letzteren von der Sozialdemokratie durchaus unabhängig.

Abg. **Pachnicke** (freis. Vgg.) stellt dies in Abrede. In den Gewerkschaften sehe man dieselben Personen an der Spitze wie in der Sozialdemokratie. Eine solche Trennung, wie Vorredner sie behaupte, lasse sich also nicht machen. Im übrigen unterstütze er mit seinen Freunden, wenn sie die Resolution der Kommission annähmen, eo ipso die Organisationen der Arbeiter. Freilich handle es sich hier um die Organisationen „an der richtigen Stelle", und das seien in diesem Falle die Arbeiter-Ausschüsse.

Abg. **Hue** (Sozg.) bestreitet, daß aus der Personen-Identität der Schluß statthaft sei, den Pachnicke ziehe. Ich gebe zu, daß es in meiner Partei Leute gibt, die die engste Verbindung wollen. Ich selbst habe aber stets meine gewerkschaftliche Unabhängigkeit zu wahren gesucht.

Abg. **Mugdan** (freis. Vp.): Merkwürdig ist, wie die Herren nach dem Parteitage in Jena und nach dem Aufruf der Gewerkschafts-Vorstände bei den letzten Wahlen jetzt noch so tun können, als wären sie nicht eins mit der sozialdemokratischen Partei! Gerade weil wir nicht die Ausschaltung der nichtsozialdemokratischen Arbeiter wollen, deshalb stimmen wir gegen Ihren Antrag. (Gelächter bei den Sozg.)

Nach einer Entgegnung **Ledebours** wendet auch

Abg. **Behrens** (wirtsch. Vgg.) dem Abg. Mugdan ein, daß ja gerade bei den Arbeiter-Ausschüssen die Gefahr ausschließlich sozialdemokratischer Zusammensetzung vorliegen könne. Um so richtiger sei es, ganz allgemein die Arbeiterorganisationen in die Resolution einzufügen, denn alsdann werde die Mitwirkung auch der kleineren, nichtsozialdemokratischen Organisationen ermöglicht.

Nach Entgegnungen der Abgg. Mugdan und **Pachnicke** schließt die Debatte.

Nunmehr geht ein Zentrumsantrag ein, über den Antrag Albrecht zur Resolution namentlich abzustimmen. Die namentliche Abstimmung wird jedoch auf morgen verschoben.

Es folgt der Etat des **Reichseisenbahnamts**.

Abg. **Stolle** (Sozg.) glaubt statistisch nachweisen zu können, daß die meisten Zugentgleisungen und Zusammenstöße nicht auf freier Strecke, sondern im Bereiche von Bahnhöfen vorkommen und Folge unzulänglicher Einrichtungen und Dienstvorschriften auf den Stationen sind. Seien doch selbst auf eingleisigen Linien vielfach die Ausweich-Gleise auf den Bahnhofsanlagen ganz unzureichend. Auch dieses Sparsystem verschulde zum großen Teil die Betriebsunfälle, ebenso die Ueberbürdung der Eisenbahnarbeiter. Auf den preußischen Bahnen herrsche ferner ein Wagenmangel, der die anderen Staaten freilich nicht zum Eingehen einer Betriebsmittel-Gemeinschaft verloeken könne.

Abg. **Burckhardt** (wirtsch. Vgg.) vertritt verschiedentliche Wünsche von Eisenbahnarbeitern und Handwerkern.

Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. **Schulz** betont, das Eisenbahnamt tue alles Mögliche, um Unglücksfälle zu verhüten. Die Betriebsordnung werde von den Bundesstaaten als mustergültig anerkannt. Die deutschen Eisenbahnen haben die Zahl der Unglücksfälle mehr und mehr vermindert, obwohl der Verkehr stetige Steigerung aufweise. Die Geschwindigkeit für die einzelnen Züge sei genau geregelt; alle Verstöße werden geahndet. Auf die Besoldungsverhältnisse von Beamten und Arbeitern habe das Reichseisenbahnamt keinen Einfluß. Dem Wagenmangel vorzubeugen, seien die Eisenbahnverwaltungen der Einzelstaaten eifrig bemüht. Ueber die Dienstzeit der Beamten und Arbeiter seien einheitliche Grundsätze vereinbart. Die größere Anzahl der Unfälle entfalle keineswegs auf die letzten Dienststunden, sondern erstreckt sich gleichmäßig auf die gesamte Dienstzeit.

Abg. **Storz** (südd. Vp.) führt Beschwerde, daß Württemberg von den Durchgangsschnellzügen von Berlin nach dem Gotthardt unnötig umgangen werde. Die Fahrkartensteuer habe völlig versagt. Der Gütertarif sei unübersichtlich.

Die Weiterberatung wird auf Sonnabend vertagt. — Schluß nach 6 Uhr.

Ausland.

Frankreich. König Leopold von Belgien stattete am Freitag vormittag Clemenceau und Pichon einen Besuch ab. Nachmittags besuchte er auch Präsident Fallières.

Der Senat fuhr am Freitag in der Debatte über die Vorlage betreffend die Verkürzung der Dienstzeit für Reserve und Landwehr fort. General Langlois wies nach, daß die Reserve der wesentliche Bestandteil der französischen Heeresmacht geworden sei, während die Deutschen so viel Nachdruck wie nur möglich auf die aktiven Truppen legten. Obgleich der General der Verkürzung der Dienstzeit grundsätzlich zustimmte, übte er doch mannigfache Kritik an der Vorlage.

Türkei. Die Pforte hat auch die letzte (vierte) Note der sechs Botschafter wegen Verlängerung der Mandate für die makedonischen Reformorgane mit Note vom Donnerstag ablehnend beantwortet. Es sei logisch, daß Beamte, wie die makedonischen Zivil- und Finanzagenten, die für ein Land arbeiten, auch von diesem bezahlt werden, und es entspreche mehr dem Prestige und der Souveränität der Türkei sowie der Auffassung der Bevölkerung, daß die Reformorgane Staatsbeamte sind. An ihren jetzigen Gerechtsamen und Funktionen solle nicht das Geringste geändert werden und die Botschafter würden sich von der Nützlichkeit der vorgeschlagenen Aenderung überzeugen, wenn sie wenigstens einen Versuch machen wollten und den Vorschlag der Pforte probeweise annähmen, wenn nicht auf sieben Jahre, so doch auf eine noch zu vereinbarende Zeitdauer.

Afrika. Aus Kapstadt wird uns gemeldet: Premierminister Jameson ist von seinem Posten zurückgetreten.

Australien. Aus Melbourne wird uns unterm 31. Januar gedrahtet: Der Landesverteidigungsminister legte dem Bundesrat den Entwurf eines Landesverteidigungsgesetzes vor, welcher jeden männlichen Einwohner vom 12. bis 18. Jahr zur Uebung als Kadett und vom 18. bis 26. Jahr zur Uebung in der Nationalgarde verpflichtet; jedoch sollen die obligatorischen Uebungen zurückgestellt werden, bis eine genügende Zahl von Instruktoren vorhanden ist, die zum Offiziersdienst geeignet sind. Die Offiziere ohne Patent sollen aus den gemeinen Soldaten rekrutiert werden. Man schätzt, daß in acht Jahren 214 000 Mann für den Kriegsfall ausgebildet und bewaffnet sein werden.

13. ordentliche Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen.

1. Sitzung: Freitag, den 31. Januar 1908.

Im großen Sitzungssaale der Landwirtschaftskammer hatte sich außer einer bedeutenden Zahl von Mitgliedern der Kammer auch eine stattliche Korona anderer Interessenten eingefunden. Pünktlich um ½12 Uhr nahm der Herr Präsident Major von Busse das Wort zur Eröffnungsansprache, in der er zunächst einen Rückblick auf das verflossene Jahr warf und ungefähr ausführte: Die schlechten Aussichten für die Landwirtschaft bei den ungünstigen Weizen- und Roggenpreisen, mit denen wir vor einem Jahre hier das Geschäftsjahr 1906 abgeschlossen hatten, änderten sich erfreulicherweise sehr bald. Das vorige Frühjahr war günstig für die landwirtschaftlichen Arbeiten und trotz des sehr regnerischen Sommers, der eine selten dagewesene Kühle gebracht hat, machte es der wunderbar trockene Herbst doch möglich, die Feldfrüchte unter Dach und Fach zu bringen. Die Folgen des Sommers waren bei dem doch noch guten Sommergetreide hohe Preise, die recht zufrieden stellen konnten und auch jetzt noch anhalten. Bekam so der Landwirt viel Geld in die Hände, so wurde die Einnahme aber sehr geschmälert durch die enorm gestiegenen Kohlenpreise, die Preise für künstliche Dünge- und Futtermittel. Dazu kamen noch die traurigen Arbeiterverhältnisse, namentlich durch grobe Kontraktbrüchigkeit hervorgerufen. Durch die Vermittelungsgebühren wuchsen die Löhne ungemein; dazu kam noch, daß die Arbeiter sich zu den Braunkohlenwerken drängten. Da die Regierung gegen die Kontraktbrüchigkeit vorgehen will, so wird hier durch die Einführung der deutschen Legitimationskarten an den 28 errichteten Grenzkontrollstellen es möglich sein, diesem Vorgehen zu steuern. Natürlich wirkte auch der hohe Bankdiskont auf die Landwirtschaft höchst ungünstig, da die Hypotheken sehr schwer und nur zu einem sehr hohen Zinsfuß zu bekommen waren. Auf diese Weise ist der zuerst erhoffte gute Ertrag der Landwirtschaft sehr zurückgegangen und geschmälert worden. Als günstiges Moment bei den schlechten Geldverhältnissen muß hervorgehoben werden, daß die Genossenschaften das ihre getan haben, um den Darlehnskassen Mittel zuzuführen, damit die Landwirte, wenn notwendig, wenigstens möglichst billiges Geld bekamen. Auch das gute Ergebnis der Reichstagswahlen mit dem erfreulichen Rückgang der Sozialdemokratie, und der zustande gebrachten regierungsfreundlichen Mehrheit darf nicht unerwähnt bleiben. Stolz und freudig aber machte uns alle die wiederhergestellte Gesundheit unseres Kaisers, dessen Geburtstag wir soeben gefeiert haben, seine alte, frische Gesundheit erfüllt uns mit den besten Wünsche für ihn und die Zukunft des Reiches, denen wir Ausdruck verleihen in dem Rufe: Seine Majestät lebe hoch!

Darauf erfolgte die Begrüßung der Herren Vertreter der Regierung und des Oberpräsidiums. Es waren erschienen der Herr Regierungspräsident Freiherr von der Recke, der Herr Oberpräsidialrat Biedenweg, der Herr Oberregierungsrat Werner-Magdeburg, der Herr Geheimrat Wilhermowski-Gotha. Der bisherige Oberpräsident, Freiherr von Wilmowski, hatte telegraphisch seinem lebhaften Bedauern Ausdruck gegeben, nicht an der Versammlung teilnehmen zu können. Sein Scheiden aus dem Amte, in dem er in so kurzer Zeit sich die höchsten Sympathien der Provinz und besonders auch der Landwirtschaft erworben hatte, wird aufs schmerzlichste bedauert, Hoffentlich bleibt er der Landwirtschaftskammer erhalten.

Fünf Todesfälle hat die Landwirtschaftskammer zu betrauern. Herr von Lingenthal-Kleinfmehlen, ordentliches Mitglied des Vorstandes, war einer der ältesten, die mit uns gearbeitet haben, er gehörte auch dem Zentralbereine an und hat bei Versuchswirtschaft Bauchstädt mit gegründet. Dann sind gestorben die zugewählten Mitglieder: Landeshauptmann, Graf von Witzingerode-Bodenstein. Er war Mitglied des Zentralbereins des Direktoriums und hat im Ausschuß für Forstwesen auch eifrigste mitgearbeitet. Herr Staatsminister Dr. v. Boetticher war uns besonders als Oberpräsident sehr nahegetreten und hat stets mit Interesse in die Arbeiten der Landwirtschaftskammer mit eingegriffen. Herr Rittergutsbesitzer Schwirtmer-Neußeß war einer der tüchtigsten Mitarbeiter, der eifrig tätig war in der Zentral-Einkaufsstelle sowie auch im landwirtschaftlichen Verein. Und ganz am Schluß des Jahres ist unerwartet der Herr Landeshauptmann Bartels gestorben, der das lebendigste Interesse für uns gezeigt und geholfen hatte, wo er auch konnte. Das Andenken der Verstorbenen wird in der üblichen Weise geehrt.

Nachdem die Zahl der anwesenden Mitglieder, 84, festgestellt ist, wird die Versammlung als beschlußfähig eröffnet. Zu Schriftführern werden ernannt: Gutsbesitzer Bielefeldt-Obergüter und Görlach-Hönageda. Mit der Bekanntgabe der Ergänzungswahlen ist der dritte Punkt der Tagesordnung erledigt.

4. Es folgt der Bericht der Kommission zur Prüfung des Rechnungsabschlusses für das Geschäftsjahr 1906 und die Erteilung der Entlastung. Da bei der Rechnungsprüfung jeder gezwungen ist, sich mit der Organisation der Landwirtschaftskammer vertraut zu machen, so macht die Kommission den Vorschlag, in Zukunft zwei Kreise mit der Revision zu beauftragen. Da jedoch zunächst die Zahl der Revisoren satzungsgemäß feststeht, so wird dieser Vorschlag dem Präsidium als Material für eine Satzungsänderung überwiesen.

5. Als Kommission zur Prüfung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1907 werden die Herren aus dem Kreise Weißenfels gewählt.

6. Der Bericht über die Geschäftstätigkeit der Kammer und ihrer Ausschüsse, sowie über die Vorstandsanträge bei den Behörden wird als selbständiger Punkt verschoben und soll bei Punkt 8: Etat, mitbesprochen werden.

7. Bericht der Kommission zum Zweck der Ausarbeitung von Bestimmungen über die Dienstverhältnisse der Beamten der Kammer. Hierüber spricht Herr Oekonomierat Welchenrauß. Im Gegensatz zu anderen Behörden fehlte bisher eine Regelung der gesamten Dienst- und Einnahmeverhältnisse der Beamten der Landwirtschaftskammer. Dieser Mangel und die damit verbundene Unsicherheit in der Stellung hatte schon häufig erprobte Beamte veranlaßt, andere, besser dotierte oder gesicherte Stellungen zu wählen. Es erschien als zwingend, Festsetzungen zu treffen über eine Gehaltsskala, Wohnungsgeldzuschuß, Pensionsgewährung, Witwen- und Waisenversorgung. Die seinerzeit bereits gemachten Vorschläge waren gutgeheißen. Wohnungsgeldzuschuß ist auch bereits in der Höhe von 15 000 Mark gewährt worden. Die Beschlüsse bezw. Vorschläge der Kommission liegen augenblicklich dem Vorstande vor. In der Frage der Pensionierung ist ein wesentlicher Unterschied deswegen zu machen, weil nicht alle Beamten eine ähnliche Vorbildung hinter sich haben, weil nicht allen der Charakter der Beamtenschaft ausdrücklich verliehen ist. Doch sollen die preußischen Pensionsgesetze, sowie das zu erwartende neue preußische Besoldungsgesetz berücksichtigt werden. Aus vorhandenem Ueberschuß sollen zunächst von 24 000 Mark 16 000 bis 17 000 Mark wieder als Wohnungsgeldzuschuß und der Rest auf Regelung von Gehältern verwendet werden. Nach einer lebhaften Debatte wird, besonders auf Anraten des Direktors Herrn Oekonomierats Dr. Rabe, folgende Resolution angenommen:

„Die 13. ordentliche Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer erklärt sich mit den vorgelegten Bestimmungen über die Dienstverhältnisse, sowie über die Reisekosten der Beamten der Landwirtschaftskammer einverstanden und ermächtigt den Vorstand, hinsichtlich der Besoldungsverhältnisse nach Maßgabe der demnächst zu erwartenden preußischen Beamtenbesoldungsgesetze ihm unbedingt notwendig erscheinende Aenderungen des Besoldungsplanes vorzunehmen."

Der Vorstand wird ermächtigt, auf Grund eines eingeholten und vorgelegten juristischen Gutachtens kleine formelle Abänderungen hinsichtlich der Anstellung und Vereidigung usw. vorzunehmen.

Herr Gutsbesitzer Krug-Nunthal begründet einen Antrag auf Entschädigung der Kammer- und Kommissionsmitglieder für Reisen usw., gestützt auf die Verhältnisse in den anderen Provinzen. Es kommt zur Annahme folgender Resolution:

„Die 13. ordentliche Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer wolle im Anschluß an die Regulierung der Gewährung von Tagegeldern, Reise- und andern Kosten der Beamten der Landwirtschaftskammer auch die Entschädigung der Mitglieder der Landwirtschaftskammer und deren Kommissionen für die denselben entstehenden Kosten usw. anderweitig und den tatsächlichen Ausgaben entsprechend regeln."

8. Feststellung des Etats für 1908. Die dauernden Einnahmen und Ausgaben betragen:

Wissenschaftliche und Lehrzwecke:	400 946	Mk.	gegen	417 909
Veterinärwesen:	99 495	„	„	102 455
Förderung der Viehzucht:	115 000	„	„	143 488
Förderung der Fischerei:	—	„	„	600
Förderung der Waldkultur:	11 000	„	„	17 500
Förderung b. Obst-, Wein- u. Gartenbaues:	11 200	„	„	16 200
Unterstützung d. landwirtschaftlichen Vereine und Förderung der Landkultur im allgemeinen:	215 616	„	„	224 801
Verwaltung der Kammer:	358 250	„	„	264 114
Summe	1 211 507	Mk.	geg.	1 187 107

Dazu kommt eine einmalige Ausgabe zur Verfügung des Vorstandes (vgl. Punkt 7) 24 400 Mk., so daß die Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben für 1908 beträgt je 1 211 507 Mk.

An einzelne Punkte knüpfte sich eine lebhafte Aussprache, besonders auch hinsichtlich der drei folgenden Resolutionen, die schließlich alle angenommen werden.

„1. Die 13. ordentliche Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer bedauert, daß trotz der hohen Bedeutung, welche die landwirtschaftlichen Winterschulen für die Hebung und Förderung des Bauernstandes und die Landwirtschaft der Provinz haben, es immer noch 14 Kreise ablehnen, einen Beitrag zur Erhaltung und Unterhaltung der Schulen zu gewähren.

Die Plenarversammlung ersucht die Mitglieder der Landwirtschaftskammer, soweit sie Mitglieder der Kreistage sind, ihrerseits für Bewilligung dieser Mittel einzutreten und bittet den Vorstand, auch im laufenden Jahre den in Frage stehenden Kreisen in dieser Hinsicht näher zu treten.

Die 13. ordentliche Plenarversammlung beschließt ferner, den Vorstand zu ermächtigen, event. den Sitz von Schulen aus den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190802012-17/fragment/page=0002

Kreisen zu verlegen, welche sich nicht dazu verstehen wollen, entsprechende Beihilfen für die Schule zu gewähren."

„2. Die 13. ordentliche Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer erklärt sich mit dem Bau eines Verwaltungsgebäudes auf dem Gelände der Zentral-Geflügelzuchtanstalt Gröllwitz mit der Maßgabe einverstanden, daß seitens der Königlichen Staatsregierung die Unterstützung derart erhöht wird, daß die Baukosten in einem Zeitraum von 30 Jahren verzinst und amortisiert werden können."

3. „Die 13. ordentliche Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer hat Kenntnis von dem Erlaß des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 12. Dezember 1907 betreffend Anträge auf Bewilligung von Staatsbeihilfen für das Jahr 1908 genommen. Mit Rücksicht hierauf beschließt sie, unter Zurückstellung anderweitiger notwendiger Wünsche, den Herrn Minister zu bitten, über die in den Etat für das Jahr 1908 eingestellten Staatsbeihilfen hinaus bewilligen zu wollen:

1. Zur Besoldung der als Wanderlehrer einzustellenden zweiten Lehrer an den landwirtschaftlichen Winterschulen = 3000 Mk.
2. Zur Förderung des Unterrichts in Kleinviehzucht und Molkereiwesen in den Haushaltungsschulen = 1000 Mk.
3. Zur Förderung der Ziegenzucht = 500 Mk.
4. Zur Förderung der Kaninchenzucht = 500 Mk.
5. Zur Durchführung der Grundwasserstandsmessungen = 2000 Mk.

Sa. = 7000 Mk"

Damit ist der Punkt 8 der Tagesordnung erledigt. Der nächste Punkt:

9. Bericht über die vollzogenen Neuwahlen von Kammermitgliedern vom 1. April 1908 bis 31. März 1914, erledigt sich durch Hinweis auf die den Mitgliedern eingehändigte Liste.

In den meisten Fällen sind die früheren Mitglieder wiedergewählt, neu gewählt sind nur die Herren: Kreis Wolmirstedt: Landrat Graf von der Schulenburg-Angern und Gutsbesitzer Goedicke-Barleben. Kreis Querfurt: Gutsbesitzer Koch-Schönewerda. Kreis Delitzsch: Gutsbesitzer Kästner-Rödgen. Kreis Grafschaft Hohenstein mit Stadtkreis Nordhausen: Landrat Schaeper-Nordhausen. Kreis Worbis: Landrat Frantz-Worbis.

Hierauf folgten Punkt 10—13 des Tagesordnung: Wahl des Präsidenten und seines Stellvertreters, Wahl von Vorstandsmitgliedern, zu Ausschüssen usw.

Nachdem Herr Landrat von Schulenburg, der Vizepräsident, den Vorsitz übernommen hatte, wurde auf Vorschlag durch Akklamation der bisherige Präsident Herr Major von Busse bis zum 31. März 1911 wiedergewählt. Herr von Busse nahm die Wahl an und dankte für das hohe Vertrauen der Kammer, die ihn trotz seines Alters wiedergewählt hätte.

Dagegen mußte Herr Landrat von Schulenburg von vornherein eine Wiederwahl zum Vizepräsidenten unter Hinweis auf ärztliche Vorschriften ablehnen. Der Herr Präsident von Busse, der den Vorsitz inzwischen wieder übernommen hatte, dankte im Namen der Kammer dem zurücktretenden Herrn von Schulenburg für die langjährige Mitarbeit, er selbst ihm aber für seinen vertrauten Rat und seine Unterstützung. Nun wird zum Vizepräsidenten Herr Graf von der Schulenburg-Witzenburg vorgeschlagen. Da aber geheime Wahl gewünscht wird, muß zur Abstimmung durch Zettel geschritten werden. Es werden im ganzen 80 Stimmen abgegeben, von denen 62 den Grafen von der Schulenburg nennen, der also gewählt ist und die Wahl dankend annimmt, während 17 Stimmen für den Kammerherrn Dr. Freiherrn von Erffa lauten und ein Zettel unbeschrieben ist.

An Stelle des verstorbenen ordentlichen Vorstandsmitgliedes von Lingenthal tritt Kammerherr von Bülow-Dieskau, der selbst als stellvertretendes Mitglied durch Herrn Hauptmann Rehfeld-Wörmlitz ersetzt wird. Der frühere Vizepräsident vertauscht seine Stelle mit dem neuen Vizepräsidenten, so daß Herr Landrat von der Schulenburg ordentliches Vorstandsmitglied wird. Desgleichen werden die zugewählten Mitglieder wiedergewählt, doch sollen noch der bisherige Oberpräsident Freiherr von Wilmowski und der Herr Regierungspräsident von Arnstedt, der Direktor der Magdeburger Landesfeuersozietät, hinzugewählt werden.

Die Ausschußmitglieder werden gleichfalls wiedergewählt. Doch treten an Stelle der ausgeschiedenen: Tierzucht: Herr Major von Jagow. Maschinenwesen: Hauptmann Rehfeld und Oekonomierat Schäper. Forstwesen: Graf von der Schulenburg. Buchführung: Gutsbesitzer Koch. Arbeiterwesen: Graf von Hohenthal. Volkswirtschaft: Geheimrat Wilharm.

Nachdem noch die Wahlen der Mitglieder zum Deutschen Landwirtschaftsrat, zum Landesökonomie-Kollegium und zu den Bezirkseisenbahnräten bestätigt werden, vertagt sich die Plenar-Versammlung auf heute, Sonnabend, den 1. Februar, früh 9 Uhr.

Aus Nah und Fern.

Von der Eisenbahn. Aus Bingen geht uns unterm 31. Januar folgende amtliche Meldung zu: „Auf Bahnhof Gau Algesheim fuhr gestern abend 8 Uhr Güterzug 6885 von Münster am Stein bei der Einfahrt vom Gleis 3 nach Gleis 1 einem über das Wertzeichen der Weiche 15 stehenden Güterwagen in die Flanke. Menschen sind nicht verletzt. Lokomotive und acht Wagen entgleisten. Vier Wagen stark beschädigt. Hauptgleise nicht gesperrt. Die gesperrten Ueberholungsgleise sind bis heute abend wieder fahrbar.

Die Influenza fordert in Köln und den Nachbarstädten zahlreiche Opfer. In einem Vorort Kölns starben zwei Töchter, die den sterbenden Vater pflegten, fast zu gleicher Zeit mit dem Vater. Der ins Vaterhaus zurückkehrende erwachsene Sohn wurde bei dieser Schreckensnachricht irrsinnig. In einer anderen Familie starb der erwachsene Sohn. Als der Vater von dem Begräbnis zurückkehrte, fand er seine Frau als Leiche vor.

Brandkatastrophe. Dem „B. L.-A." zufolge brannten infolge einer Explosion die Stahlfederfabrik und die technischen Bureaus der Poldihütte in Kladno ab. Der Materialschaden ist sehr groß. Der Betrieb wird auf Wochen unterbrochen sein.

Viele Menschen ums Leben gekommen. Die „Central News" lassen sich aus New-York melden: Eine schwere Explosion, wobei eine Reihe Menschen getötet oder verletzt wurde, ereignete sich infolge schlagender Wetter in der New-River-Kohlengrube bei Charlestown (Virginien). Bisher sind elf Tote geborgen worden. Man befürchtet, daß die Katastrophe noch viel mehr Opfer gefordert hat.

Zum Offiziersdrama in Allenstein. Wie laut „Frankf. Ztg." nachträglich bekannt wird, ist unter den Sachen der Frau von Schoenebeck Arsenik gefunden worden, das Hauptmann v. Goeben in der Allensteiner Apotheke vor der Mordtat gekauft hatte. Anscheinend hat ursprünglich der Plan bestanden, den Major von Schoenebeck zu vergiften, wozu dessen Frau aber nicht die Hand bot.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich Donnerstag abend 6 Uhr auf der Berliner Chaussee in der Nähe des Rittergutes Altenhain in Schlesien. Vier Breslauer Bürger, die mit einem Automobil, das angekauft werden sollte, eine Probefahrt nach Deutsch-Lissa unternahmen, karambolierten mit einem entgegenkommenden, mit Bauholz beladenen Lastwagen. Das Automobil wurde zertrümmert und die Insassen in weitem Bogen herausgeschleudert. Ein Bäckermeister ist tot, die anderen Insassen sind schwer verletzt; nur der Chauffeur kam unverletzt davon.

Diebesgesindel. In das Pfandhaus zu Hof (Saale) brach eine Diebesgesellschaft ein. Der große eiserne Geldschrank wurde durch Sauerstoffgebläse geöffnet und des wertvollen Inhalts beraubt. Beim Verlassen des Lokals wurden die Diebe bemerkt. Einer von ihnen, ein aus der Umgegend von Potsdam stammender Bäcker, wurde verhaftet; die beiden anderen Einbrecher entkamen. Auf der Flucht warfen sie einen der gestohlenen Koffer in die Saale.

Zum Mordes des Försters Schwarzenstein. Dem Vernehmen nach legte der unter dem Verdachte, den Förster Schwarzenstein in Müggelsee ermordet zu haben, verhaftete Sohn des Ermordeten, Willi Schwarzenstein, das Geständnis ab, die Tat begangen zu haben.

Selbstmord eines Ehepaares. Der Stadtverordnete und Gärtnereibesitzer Borg und seine Ehefrau in Stargard haben durch Vergiftung Selbstmord verübt. Borg war bis vor einem halben Jahre Vorsitzender des Aufsichtsrates der Stargarder Bank. Die Tat dürfte mit der gegen ihn anhängig gemachten Entschädigungsklage in Zusammenhang stehen.

Provinz Sachsen und Umgebung.

W. Eilenburg, 31. Jan. (Selbstmord aus Schwermut.) Heute morgen beging der 43 Jahre alte Lohgerbermeister Karl Foehring von hier Selbstmord durch Erschießen. Er litt seit dem vor einiger Zeit erfolgten Tode seiner Mutter an Schwermut.

— Magdeburg, 30. Jan. (Ueber die Erforschung der Ruhestätte Otto v. Guerickes) ist den Stadtverordneten eine Vorlage des Magistrats zugegangen, in der es u. a. heißt: Die Ermittelung der Ruhestätte des großen Magdeburger Bürgers Otto v. Guericke hat uns schon öfter beschäftigt. Durch glaubwürdige Mitteilungen sind wir neuerdings darauf hingewiesen, daß der Sarg in der später zu einem Zeughause umgewandelten hiesigen Nikolai-Stiftskirche an der Kreuzgangstraße aufgebahrt sein kann. Im Einvernehmen mit der zuständigen Militärbehörde haben wir daher bereits in kleinem Umfange in einigen Gewölben des Zeughauses Nachforschungen anstellen lassen. Es sind dort auch Särge gefunden worden; jedoch war derjenige Ottos v. Guericke nicht darunter. Da das Zeughaus noch eine Reihe weiterer Gewölbe enthält, bitten wir, die zur Nachforschung in diesen Gewölben erforderlichen Kosten von 1000 Mk. zu bewilligen.

Wissenschaft, Kunst und Theater.

W. München, 31. Jan. Der Physiologe Geheimrat Professor Karl von Voit ist heute nachmittag gestorben.

Letzte Telegramme.

Burgsteinfurt, 31. Januar. Das große Lager der Firma Wertheim ist heute vollständig ausgebrannt. Es lagerten dort 500 Waggons Baumwollabfälle. Bis heute abend gelang es der Feuerwehr nicht, den Brand zu löschen. Die Fabrik, die erst im vorigen Jahre erbaut wurde, ist erst seit vier Wochen im Betrieb.

Kiel, 31. Januar. Das Marinegericht verurteilte die Heizer Wiśniewski und Jensen vom Kreuzer „York" wegen militärischen Aufruhrs zu 5½ bezw. 5 Jahren 1 Monat Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere.

Gent, 31. Januar. Der zum Tode verurteilte Verbrecher Feibre ist gestern aus dem Gefängnis in Gent entflohen.

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

C. T. C. Aus Amerika. Auf Veranlassung des mit der Kontrolle der Banken beauftragten staatlichen Kommissars wurde die Orientbank in New-York geschlossen. — Die schlechte Geschäftslage der Orientalbank datiert vom Oktober vorigen Jahres und ist veranlaßt worden durch die Zahlungseinstellung der Boroughbank von Brooklyn, der die Orientalbank eine viertel-Million Dollars geliehen hatte.

Der Schatzkontrolleur der Stadt New-York kündigt für den 14. Februar die Ausgabe von 50 Millionen Doll. 4½prozentiger Stadtanleihe an.

Wie wir schließlich noch aus New-York erfahren, ist nach einer vom Präsidenten der United States Steel Corporation abgegebenen Erklärung in einer Konferenz von über 70 führenden Stahlfabrikanten ein Einverständnis dahin erzielt worden, an dem gegenwärtigen Preise für Stahl festzuhalten.

W. Wollauktion in London, Freitag, 31. Januar. Feine Merinos behauptet, sonstige Wollsorten zugunsten der Käufer.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

L. Hamburg, 31. Januar. Tägliche ausländ. Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats **Weizen:** Hardwinter II loko 228 M, Rosafe 79 kg Jan. 223 M, 78 kg Jan./Febr. 221 M, Febr./März 220¾ M, Bahia Blanca Bark. 79/80 kg Jan. 223 M, Jan./Febr. 220 M, Febr./März 219 M, La Plata ung. 79 kg Febr./März 217 M, Bluefem Jan. 233 M. — **Roggen:** Südruss. 9 Pud 10/15 Jan./Febr. 215 M, März/April 214 M, 9 Pud 5/10 Novorossisk Jan./Febr. 212 M, Western II Febr. 215 M. — **Futtergerste:** Südruss. 60/61 kg Jan. 145 M, Febr. 144½ M, April/Juni 143 M, April/Juli 142½ M. — **Mais:** Mixed Shäfig Jan. 151 M, Febr. 148¾ M, März 148 M, La Plata schwim. 152 M, April/Mai 139¾ M, Mai/Juni-Juni/Juli 139 M, Odessa schwim. 147 M.

— Berlin, 31. Jan. (**Berliner Produktenbörse.**) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen, inländ. 217,00 bis 222,00 M ab Bahn und frei Mühle, Mai 218,00 bis 217,50 M, Juli 217,00—216,50 M. Roggen inländ. 205,00 bis 207,00 M ab Bahn u. frei Mühle, Mai 209,50—209,00—209,25 M. Hafer, märk., mecklenb., pommer., preuß., pos. u. schles. fein 177,00—187,00 M, mittel 168,00—176,00 M, gering 163,00—167,00 M ab Bahn und frei Wagen. Mais amerik. mixed 176,00—178,00 M, runder 158,00—167,00 M frei Wagen. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 156,00 bis 166,00 M, gute 167,00—178,00 M, russ. und Donau leichte 153,00 bis 158,00 M ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländ. und ausl. Futterware, mittel 185,00—193,00 M, feine Futter- und Taubenerbsen 193,00—200,00 M, kleine Kocherbsen —,— bis —,— M, Viktoriaerbsen —,— bis —,— M ab Bahn und frei Wagen. Bohnen weiße kurze —,— bis —,— M, lange —,— M. Weizenmehl 00 28,00—30,75 M. Roggenmehl 0 und 1 26,50—28,50 M. Weizenkleie 12,75—13,50 M. Roggenkleie 13,00—13,50 M. Mittagsbörse: Weizen, inländ. 216,00 bis 220,00 M ab Bahn, Mai 217,00 bis 217,25—216,75—217,50—217,00 M, Juli 216,25—216,00—216,25 M. Roggen inländ. 204,00—206,00 M ab Bahn, Mai 209,00 bis 208,50—209,00 M. Hafer Mai 170,50—170,00—170,25 M, Juli 171,25—171,00 M. Weizenmehl 00 28,00—30,75 M. Roggenmehl 0 und 1 26,40 bis 28,10 M. Rüböl, Mai 69,40 M, Oktober 68,50 bis 68,40—68,60 M.

L. Weltmarkt. Berlin, 31. Jan. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) **Weizen:** Berlin, 755 gr., Mai 217,00, Juli 216,25. Newyork, Red Winter Nr. 2 loko 158,60, Mai 164,05. Chicago Northern I Spring, Mai 152,10, Juli 146,10. Liverpool Red Winter Nr. 2, März 166,20. Paris Lieferungsware Januar 181,10, Budapest Lieferungsware April 199,60. Odessa Ulka $9^{25}/_{30}$ 3—4% bes. einschl. Bordospesen loko 182,65. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordsrei 136,15. **Roggen:** Berlin 712 gr. Mai 209,00, Juli 206,00. Odessa $9^{10}/_{15}$ einschl. Bordospesen loko 159,15. **Hafer:** Berlin 450 gr. Mai 170,25, Juli 171,00. **Mais:** Berlin Lieferungsware Mai —,—. Newyork mixed Mai 114,80. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordsrei 97,50.

Hopfen.

— Nürnberg, 30. Januar. (Hopfenbericht.) Heutige Preise für: Geringe Markthopfen bis 30 M, mittel bo. bis 45 M, prima bo. bis 52 M, Gebirgshopfen bis 62 M, mittel Aischgründer bis — M, prima do. bis — M, geringe Hallertauer bis 40 M, mittel bo. bis 60 M, prima do. bis 75 M, Hallertauer Siegelgut (Au-Wolnzach) bis 80 M, mittel Elsässer bis 52 M, prima do. bis 65 M, mittel badische bis 65 M, prima do. bis 80 M, geringe Württemberger bis 42 M, mittel do. bis 60 M, prima do. bis 75 M, mittel Posener bis 55 M, prima do. bis — M, Spalter Land, leichte Lagen bis 75 M, do. schwere Lagen bis — M. Für Auswahl aus Partien werden einige Mark mehr bezahlt.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— Berlin, 31. Jan. Kartoffelstärke 24,50—25,00 Mk., Kartoffelmehl 24,50—25,00 Mk., feuchte Stärke 14,50 Mk.

Spiritus.

— Nordhausen, 31. Jan. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 66,50—67,50 Mk., Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 74,25—75,25 Mk. per Loko-Lieferung. Ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung der Nordhäuser Korn, branntweinfabrikanten E. V. durch die Handelskammer notiert.

— Hamburg, 31. Januar. Spiritus fest, Januar $32^1/_2$ G., Januar-Februar $32^1/_8$ G., Februar-März $32^1/_8$ G.

— Paris, 31. Januar. Spiritus ruhig, Januar 42,50, Februar 42,75, März-April 43,50, Mai-August 44,75.

Oele und Oelfrüchte.

— Köln, 31. Jan. Rüböl loko 76,00, Mai 72,50.

— Hamburg, 31. Jan. Rüböl ruhig, loko verzollt 74,00.

— Amsterdam, 31. Januar. Leinöl fest, loko $24^1/_4$, Febr. $23^7/_8$, Febr.-April ——, Mai-August 22, Sept.-Dezbr $21^3/_4$.

— Paris, 31. Januar. Rüböl ruhig, Januar 94,00, Februar 88,00, März-April 84,75, Mai-August 79,75.

W. Pest, 31. Jan. Raps per August 16,40 Gd., 16,50 Br.

Zucker.

+ Braunschweig, 31. Januar. (Originalbericht von Quensell & Spannuth.) Rohzucker: Der Wochenumsatz des hiesigen Bezirks beträgt ca. 118 000 Ztr. Es notieren heute für 100 kg: Brotraffinade —,— M lose in blau Papier, Würfelraffinade I —,— M inkl. Kiste, Würfelraffinade II —,— M inkl. Kiste, gem. Raffinade —,— M inkl. Sack b. f. n., gem. Melis —,— M inkl. Sack b. f. n.; für 50 kg: Kristallzucker —,— M, Kornzucker 88° Romt. 9,75—9,90 M exkl., Nachprodukte 75° Romt. 7,80-8,00 M exkl. Rübenmelasse 43° Bé a. G. (81,5° Brix) —,— M. für 50 kg exkl.

W. Hamburg, 31. Jan. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 100 Kilo per Januar —,—, per März 20,20, Mai 20,50, per August 20,80, per Oktober 19,50, Dezember 19,50. Tendenz: Ruhig.

W. London, 31. Jan. 96% Java-Zucker loko fest, 10 sh. 9 d. Verk. Rüben-Rohzucker loko stetig, 9 sh. $10^3/_4$ d. Verk.

Kaffee.

— Hamburg, 31. Januar. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos März 32¾ G., Mai 33¾ G., September 34¼ G., Dezember 34¾. Tendenz: Ruhig.

— Amsterdam, 31. Januar. Java-Kaffee, good ordinary, fest loko 37.

— Havre, 31. Jan.. Kaffee. Good average Santos März 43,25, Mai 43,25, Septbr. 43,25, Dez. 43,50. Tendenz: Behauptet.

W. Rio de Janeiro, 30. Jan. Kaffee. Zufuhr 10000 Sack in Rio, 10 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— Bremen, 31. Januar. Baumwolle, ruhig. Upland middling loco $61^1/_2$ Pfg.

— Antwerpen, 31. Jan. Wolle. La-Plata-Zug Type B. Febr. $5,32^1/_2$ Käufer, September 5,10 bez. Behauptet.

— Liverpool, 31. Jan. Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Tendenz: Ruhig. Amerikan. good ordinary Lieferungen: Kaum stetig. Per Febr. 5,88, per Febr.-März 5,88, per März-April 5,88, per April-Mai 5,87, per Mai-Juni 5,85, per Juni-Juli 5,83, per Juli-August 5,78, per Aug.-September 5,67, per Sept.-Okt. 5,56, per Okt.-Nov. 5,46.

Metalle.

— Amsterdam, 31. Januar. Banccazinn fest, loco $74^3/_4$.

— London, 31. Jan. Silber $25^1/_2$ Lstrl., Chili-Kupfer $61^1/_8$ Lstrl., per 3 Monate $61^3/_4$ Lstrl., Blei, span. $14^7/_8$ Lstrl., engl. $15^1/_4$ Lstrl., Zinn $124^1/_4$ Lstrl., Zink $26^5/_8$ Lstrl.

— Glasgow, 31. Jan. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 47 sh. 7 d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— Magdeburg, 31. Jan. (Amtlicher Bericht.) Städtischer Schlacht- und Viehhof. Auftrieb: 123 Rinder, 92 Kälber, 132 Schafvieh usw., 1138 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht (gemäß den Feststellungen durch die Wagen im Viehhof): Ochsen: A. 36—38, B. 32—34, C. 29—31, D. ——— M. Bullen: A. 34—36, B. 31—33, C. 28—29, D. ——— M. Kalbenu. Kühe: A. 30—32, B. 27—29, C. 24—26, D. 19—22, E. ——— M. Kälber: A. 52—57, B. 42—48, C. 28—36, D. ——— M. Schafe: A. 37 bis 39, B. 32—36, C. 28—34 M. Schweine (mit 20% Tara): A. 57, B. 53—56, C. 48—52, D. 45—51 M. — Verlauf und Tendenz: langsam. Ueberstand: — Rinder, 16 Kälber, 28 Schafe, 70 Schweine.

Magerviehhof in Friedrichsfelde. (Amtlich.)

⊙ Friedrichsfelde, 31. Januar. Auftrieb: 1240 Stück Rindvieh, 136 Kälber. Milchkühe 802, Zugochsen 323, Bullen 31, Jungvieh 84 Stück. Verlauf des Marktes: Sehr gedrücktes Geschäft, verbleibt Ueberstand; Ochsen mittelmäßig. Es wurden gezahlt für: A. Milchkühe und hochtragende Kühe: a) 4—8 Jahre alte Primakühe 440—500 M und über Notiz, I. Qualität, gute schwere 350—430 M, II. Qual., gute mittelschwere 270 bis 340 M, III. Qualität, leichte 160—260 M; b) ältere Kühe I. Qualität, gute schwere 280—360 M, II. Qual., mittelschwere 150—270 M; c) tragende Färsen 230—380 M. B. Zugochsen: 1. Nordeutsches Vieh pro Ztr. Lebendgewicht: I. Qualität —,— M, II. Qualität —,— M, III. Qualität —,— M; 2. Süddeutsches Vieh pro Ztr. Lebendgewicht: a) gelbes Frankenvieh, Scheinfelder I. Qualität 42—44 M, II. Qualität 39—41 M, III. Qualität 34 bis 38 M; b) Pinzgauer I. Qual. 41—43 M, II. Qual. 38—40 M, III. Qual. 33—37 M; c) süddeutsches Schedvieh, Simmenthaler Bayreuther I. Qualität 41—43 M, II. Qual. 38—40 M, III. Qual. 33—37 M. C. Jungvieh zur Mast: Bullen, Stiere und Färsen pro Ztr. Lebendgewicht: I. Qual. 31—35 M, II. Qual. 25—30 M. D. Bullen zur Zucht: Ostfriesen und Oldenburger 500—650 M, ½ jähr. Rassekälber 160—210 M.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 31. Jan. Roter Winter-Weizen loko $106^3/_8$, per Jan. ——, per Mai $103^7/_8$, per Juli $100^1/_8$, per Sept. ——, Mais per Mai 68, per Juli $66^7/_8$, per Sept. ——. Mehl 4,55. Getreidefracht nach Liverpool 2.

W. Chicago, 31. Januar. Weizen per Mai $98^3/_8$, per Juli $92^3/_8$, Mais per Mai $58^3/_4$.

W. New-York, 31. Januar. Petroleum Standard white in New-York 8,75, do. in Philadelphia 8,70, do. in Refined Cases 10,90, do. Credit Balances at Oil City 178.

W. New-York, 31. Jan. Schmalz Westernsteam 8,00, Rohe und Brothers 8,20.

Verantwortlich: für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebendleben; für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Ebeling; für Lokales: i. V.: derselbe Schlußredaktion Gl. Berwecke, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190802012-17/fragment/page=0003

Berliner Börse, 31. Jan. 1908

Die Rubrik in Geschwerrt gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:
1. Jan. 1. Apr. | 7. Jul. 10. Okt. | 1. 4. 10. | 15. 3. | 15. 5. 12. | 1. 4. 1. 10. | 1. 4. 1. 10.
31. Febr. 1. Mai | 31. Aug. | 1. Nov. | 1. 2. 8. | 1. 5. 11. | 15. 4. 10. | 1. 6. 12. | do. | 1. 2. 5. 8. 11.
31. Mrz. | 1. Juni | 1. Sept. | 1. Dez. | 1. 3. 9. | 1. 6. 12. | 1. 6. 12. | verusch. | do. | 1. 3. 6. 9. 12.

Börsenumsatzsteuer: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta: 60 Pf. — Oest. 1 K. Gold: 2 Sh., Milr.: 1,70, 1 Fr.: 0,85 — 1 K. sind: 12. — 1 K. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Fr. Gulden: 1,70. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin, Bankdiskont 6 %, Lombardzinsfuss 7 %, Privatdiskont 4⅝ %

Nachdruck verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.																							
Dt. Reichsanl.	3½	99.80G																					
do. 1912	4	99.90G																					
fällt 1.7.08	3½	99.40G																					
fällt 1.10.08	3½	99.50G																					
fällt 1.4.09	3½	98.90G																					
Pr. Schatz 12	4	99.90G																					
Dt. Reichs-Anl.	3½	93.40b																					
do. 1907	3½	93.40b																					
Pr. s. Anl.	3½	93.50G																					
Bad. St. A.	4	99.40G																					
do. do. 02	4																						
Bayer. Anl.	4	100.40G																					
do. u. 15	4	101.20G																					
do. 1907	4	99.20b																					
do. Eisb. 0.	3½																						
do. Eisb.-R.	3½																						
Brem. Anl.	3½	90.80G																					
do. 05u.15	3½	90.80G																					
do. 1909	4	81.25b																					
Chem. Staat	3½																						
do. XXI. u. 17	4	99.90G																					
do. XXII. u. 14	4	100.00G																					
Hamb. St. A.	3½	93.25G																					
do. 1907	4	99.50G																					
do. am. 1900	4																						
do. Rs. 03.99	3½																						
do. 06.07	3½	82.90G																					
Hessen 09	4																						
do. 93 00	3½	92.25b																					
do. 96 03-05	3½	91.25b																					
Lib. St. A. 06	4	99.60G																					
do. do. 99	4																						
do. do. 05	3																						
Mecl. Eis. Schuld	3½																						
do. ca. A. 86	3																						
do. 90 94	3½	92.60G																					
Old. Stat. v. 14	3½																						
do. do. v. 95	4																						
Sachs. G. St. A.	3½																						
Sachs. W. Lo.	4	99.50G																					
Sachs. Ges. St.	4	93.10G																					
Brandb. Prov.	4																						
Hann. Pr. 1.	3½																						
do. Wl. 1888	4																						
Ostpr. Pr. Obl.	4	98.25G																					
do. do. 14	3½	89.90G																					
Pomm. Prov.	4																						
Posen. Prov.	4	90.00b																					
do. do.	3½																						
Rhein. XX. XXI	4	99.25G																					
do. XXII. XXIII	4	95.00G																					
do. XXX.	3½	93.75G																					
XXIV-XXVIII	3½	90.80b																					
do. XXVIII. 16	3½	91.50G																					
do. XIX. u. 09	4	99.50G																					
do. XVIII.	3½	88.10G																					
do. IX. XI. XV	4	82.00G																					
Westf. Pr.	4	98.70G																					
do. u. 15. 16	4	99.50G																					
do. ok. 09	3½	95.50G																					
do. II. III. IV	3½	90.80G																					
do. ok. 15	3½	91.00G																					
do. II.	3	82.50G																					
Westpr. Prov.	4																						
do. do. 14	3½																						
Stadt-, Kreis- und Gemeinde-Anleihen.																							
Ankla. m. K.	4																						
Kiv. D. Wld.	4	99.00b																					
Aachen 93	4	92.50G																					
do. 1902	4	98.75G																					
Altenbg. I. II.	4	99.75G																					
Altona 99	4	90.50G																					
Apolda 95	4																						
Augsburg	4	92.25G																					
do. 1.	4	98.50G																					
Barmen 99	4	98.40G																					
do. 01	3½	90.50G																					
Berlin 76	3½	96.00G																					
do. 96	3½	92.00G																					
do. 1904	4	98.75G																					
do. St. Ges.	4	98.60G																					
do. 1. 2.	4	98.60G																					
Bielefeld	4	98.70b																					
Bonn 98	4	92.50G																					
do. 01/05	3½	91.00G																					
Braunschw.	4	99.00b																					
Breslau 91	4	91.40G																					
Bromberg 02	4	98.40G																					
Burg. v. 1911	4	98.50G																					
Charl. 89. 99	4																						
do. 95 u. 11	4	99.90G																					
do. 07 u. 17	4	99.75b																					
do. 95 99 02	3½	91.75G																					
Cöln	4	93.60G																					
do. 1900	4	99.10G																					
do. 06 u. 11	4	99.20b																					
Cöpenick	4	98.75b																					
Cöth. 80 83	4	92.10G																					
Crefeld 00	4	98.25G																					
Danzig	4	90.80G																					
Dessau 96	4																						
Dt.-Eylau 07	4	97.90b																					
Dt. Wilmersdf.	4																						
Dortmund	4	91.75G																					
do. 12.	4	99.70b																					
Dresden 1.	4	92.30G																					
do. 1893	3½	92.10G																					
do. 1905	4	98.30b																					
Düsseldorf 99	4	90.75G																					
Duisburg 99	4																						
do. 82. 96	3½	91.75G																					
do. 1902	4																						
Essen 99	4	98.90B																					
Elberfeld 89	3½																						
do. 1899	4	98.50B																					
Frankf. a. M.	3½																						
do. 93 01	3½																						
Essen 79 01	3½																						
Frankfurt 91	4																						
do. 94	3½	99.80b																					
Freibg. i. B. 03	4	99.50G																					
Fürstenwalde	4	93.75G																					
Gelsenkirchen	4																						
Görlitz 1900	4																						
do. do.	3½	90.60G																					
Halberst. 97	3½	91.25G																					
Halle 86 92	3½	93.25G																					
do. do.	4																						
Hamm 96 03	4																						
Hannover 99	4																						
Heidelb. 03	4	91.50G																					
Hildesheim	4																						
Jena 1900	4																						
Kaiserslautr.	4																						
Karlsruhe v.	4																						
do. do.	3½	90.70B																					
do. 86 89	3½	87.25G																					
Kiel 89 96	3½	93.25G																					
do. 1904	4	88.60G																					
Königsbg. 99	4	98.50b																					
Krf. L. B.	3½																						
Lichtbg. 00	4	99.75G																					
Ludwgs. 06	4	98.30G																					
do. 10	4	98.30G																					
Magdeburg	3½	92.60G																					
do. 91 u. 10	4	99.50G																					
do. 06 u. 11	4																						
do. 02 u. 17	4	99.50G																					
Mainzer 10	4	93.40G																					
do. 1910	4	99.60B																					
Mülheim a. R.	4	99.50G																					
Münster 01	4	98.00G																					
München 91	3½	92.50G																					
do. 1900 01	3½	91.60G																					
Münster 91	3½	88.60G																					
Nürnberg 91	4	98.30G																					
do. 1896 98	3½	91.25G																					
Peine 03	4																						
Pirmasens	4	97.80G																					
Plauen 1902	4	99.50G																					
do. 13	4																						
Potsdam 03	4	90.40G																					
do. 05 u. 12	4	98.30G																					
Potsdam 07	4	99.50G																					
Rostock	3½	92.25G																					
Schöne 04	4	98.50G																					
do. 06	4	91.50G																					
do. 04	4	90.90G																					
Schwerin 99	3½	90.25G																					
Spandau 91	4	97.80G																					
do. 95	3½	91.25G																					
Stargard i. P.	4	93.20G																					

Stendal 01	3½	90.00G
do. 03	3½	90.00G
Stettin	4	99.80G
Teltow Kreis	4	99.40G
Teltow Kreis	4	99.50G
Thorn 01 u. 11	4	98.90G
Weimar	3½	91.60G
Wies. 79 83	3½	
Worms 01	4	98.60b
Zeitz 05	3½	
Preussische Provinzanleihen.		
Berlin. Pfdb.	4	117.25G
do. do.	4	107.10G
do. do.	4	103.25G
do. do.	4	94.00G
do. neue	4	98.80G
do. do.	4	92.50G
do. do.	3½	
Landsch. Ctr.	4	
do. do.	3½	92.00G
do. neue	4	98.50G
Kur- u. Neum.	4	
do. alte	3½	95.50G
do. Gomm. O.	4	91.30G
do. do.	3½	91.10G
Ostpreuss.	4	101.30G
do.	3½	91.00G
do. neue	4	98.40G
Pommersch.	4	92.10B
do.	3½	81.50G
do. neue	4	92.10G
do. alte	3½	92.10B
Posensche	4	101.60G
do.	3½	93.00B
do. neue	4	98.40G
do. Lit. B.	3½	83.00G
do. Lit. C.	3½	92.10G
Sächsische	4	100.25G
do.	3½	
do. neue	4	93.30G
Schles. alte	3½	92.00G
do. do.	3½	93.00G
do. do.	3½	93.30G
do. do.	3½	93.00G
do. do.	3½	92.80G
do. do.	3½	83.10G
do. do.	3½	93.00G
do. do.	3½	93.00G
do. do.	3½	93.00